



September 2012



Newsletter der Jusos
des UB Landsberg

Bearbeitet von
Bernd Georg Haugg

Liebe Jusos,
Liebe Freunde,

mit diesem Newsletter, melden wir uns aus der Sommerpause zurück. Ich hoffe ihr hattet alle schöne Ferien und einen erholsamen Urlaub.

Jetzt zum Jahresende, möchten wir es nach der Veranstaltungsdichte im Frühjahr, etwas ruhiger angehen.

Die Themen für den Herbst werden die Finanzpolitik und Existenzgründung sein, welche wir bisher kaum behandelt haben. Zur Existenzgründung würden wir gerne noch eine Veranstaltung durchführen. In welcher Form und wann diese stattfindet, gilt es noch zu erarbeiten.

Auf vielfachen Wunsch, werden wir uns auch mit der internen Organisation der Jusos sowie der SPD befassen. Der Oktober-Newsletter wird diesbezüglich viele Informationen beinhalten.

Das Jahr werden wir mit einer Mitgliederversammlung beenden. Bei dieser möchten wir auf die Arbeit der letzten beiden Jahre zurückblicken. Zudem stehen wieder einmal die Wahlen des Juso-Vorstandes an.

Neben der politischen Arbeit, wäre es mir ein besonderes Anliegen, zukünftig ebenfalls Aktionen im Freizeitbereich zu unternehmen. Dies würde unsere Gruppe stärken und für mehr Abwechslung sorgen. Das Angebot zur Lechwehr- Befahrung besteht nach wie vor. Eine weitere Möglichkeit ist ein Besuch im Klettergarten oder in der Therme. Für weitere Tipps und Anregungen sind wir jederzeit offen. Schickt diese einfach an die gewohnten Kontaktdaten oder sucht mit uns das persönliche Gespräch.

Ich freue mich auf weiterhin gute Zusammenarbeit und eine vielfältige Projektgestaltung!

Bernd Georg Haugg
Vorsitzender Jusos Landsberg

Finanzpolitik:

Zehn sozialdemokratische Antworten zur Bewältigung der Krise in Europa

Verfasst von Ewald Schurer MdB/Mitglied des Haushaltsausschusses.

(Stand: 12.07.2012)

1. Wachstum durch Investition

Die Wirtschaft – und Währungsreform muss zu einer stabilitäts- und wachstumsorientierten Wirtschafts- und Fiskalunion ausgebaut werden. Hierzu bedarf es neben den Sparprogrammen auch Wachstumsprogramme für die überschuldeten Euro-Staaten. Die Haushaltskonsolidierung wird durch die einseitigen Ausgabekürzungen misslingen, wenn sie nicht mit einer wirtschaftlichen Erholung einhergeht. In langwierigen Verhandlungen mit der Bundesregierung hat die SPD erreicht, dass endlich ein Wachstumspaket für die EU verabschiedet wurde. Trotzdem bleibt es dabei: Fiskalpolitische Regeln müssen den Mitgliedstaaten ausreichend Spielraum für sinnvolle Investitionen zur Ankurbelung von wirtschaftlichem Wachstum lassen. Mit dem Fiskalpakt ist dies nicht umsetzbar.

Die EU braucht intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, um auch in Zukunft im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Wir setzen uns für ein wirtschaftliches Aufbauprogramm für die von der Krise betroffenen Staaten ein, das auf einer Analyse der jeweiligen Chancen vor Ort beruht. Dieses kann beispielsweise durch die Besteuerung von Spekulationen an den Finanzmärkten durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer finanziert werden.

2. Europas Industrie stärken

Mit einer europaweit koordinierten, zukunftsorientierten Industriepolitik stärken wir die industrielle Basis unseres Kontinents. Wir fordern eine Initiative für grünes Wachstum, sie ist der Schlüssel für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Europa.

3. Sozialstaat sichern

Der Erfolg des europäischen Wirtschaftsmodells basiert auf der Verknüpfung von Wachstum, Solidarität und sozialer Sicherheit. Die Konsolidierung der Haushalte darf deshalb nicht durch massive Lohn-, Renten-, und Sozialkürzungen erfolgen. Diese gefährden den sozialen Zusammenhalt und damit den Erfolg von Reformprogrammen und Strukturreformen.

4. Arbeitslosigkeit bekämpfen

Die skandalös hohe Jugendarbeitslosigkeit in der EU ist entschieden zu bekämpfen. Den Ankündigungen der EU-Kommission und der Staats- und Regierungschefs müssen Taten folgen! Jeder Jugendliche hat binnen vier Monaten einen Anspruch auf

Qualifizierung, Ausbildung oder Arbeit. Für diese rechtsverbindliche Jugendgarantie setzen wir uns in der EU ein!

5. Leistungsbilanzen ausgleichen

Nur wenn die Volkswirtschaften in der Währungsunion nicht zu sehr auseinanderdriften, kann unser gemeinsamer europäischer Markt dauerhaft bestehen. Hier stehen nicht nur die Defizitländer wie Griechenland, Portugal oder Spanien in der Pflicht, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Auch Überschussländer wie Deutschland müssen ihre Binnennachfrage insbesondere durch Lohnsteigerung stärken. Mitnichten geht es darum, die deutschen Exporte zu drosseln. Aber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen am „deutschen Wirtschaftswunder“ auch durch entsprechende Löhne beteiligt werden. Alle müssen zu tendenziell ausgeglichenen Leistungsbilanzen beitragen, damit die Währung dauerhaft stabilisiert wird.

6. Schlagkräftiger Rettungsschirm

Der dauerhafte europäische Rettungsschirm ESM muss ausreichend schlagkräftig sein. Hierfür haben wir eine ausreichende Höhe an maximalen Volumen parlamentarisch beschlossen. Über die Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestags haben wir lange verhandelt und ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt: Bei allen wichtigen Entscheidungen muss der Vertreter im Gouverneursrat das Votum des Deutschen Bundestag beachten.

7. Schuldentilgungsfonds

Wir fordern einen europäischen Schuldentilgungsfond für Altschulden der Euro-Staaten, um den notleidenden Mitgliedstaaten eine realistische Entschuldungsperspektive zu bieten. Die Zinsen für die gemeinsam verbürgten Schulden fielen deutlich geringer aus, zudem bliebe den betroffenen Ländern ein Zeitraum von 20 bis 25 Jahren zur Schuldentilgung.

8. Sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig koordinieren

Die bisherigen Koordinierungsinstrumente sind durch intelligent gestaltete, verbindliche Zielkorridore bei Steuern, Löhnen und Sozialausgaben zu ergänzen, um die derzeit dominierende reine Wettbewerbslogik zu durchbrechen. Hierfür bedarf es europaweiter Mindestlöhne, einer Angleichung der Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage zur Verhinderung von Steuerdumping, aber auch einer Koordinierung der Sozial- und Bildungspolitik mit verbindlichen Mindestquoten und Zielvorgaben bei Beschäftigungs-, Bildungs- und Forschungsausgaben. Darüber hinaus ist eine soziale Revision der Entsenderichtlinie

notwendig. Hier muss die Bundesregierung dafür Sorge tragen, dass gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort gelten.

9. Finanzmärkte regulieren

Die Spekulationen und Exzesse auf den Kapital- und Finanzmärkten müssen unterbunden werden. Deshalb fordern wir weitere Initiativen für mehr Ordnung an den Finanzmärkten beispielsweise durch die Regulierung von Ratingagenturen, das Verbot schädlicher Finanzmarktgeschäfte und die Regulierung des so genannten grauen Kapitalmarktes. Die Einführung der Finanztransaktionssteuer ist auch als Lenkungsinstrument gegen Spekulationen ein unverzichtbarer Bestandteil der Finanzmarktregulierung und wurde nun auch endlich auf Druck der SPD hin beschlossen.

10. Mehr Demokratie wagen

Die Gemeinschaftsmethode hat in der EU als demokratisch legitimates Verfahren der Entscheidungsfindung Vorrang vor dem Merkelschen Europa der Regierungen. Die parlamentarische Kontrolle der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist in allen Bereichen durch das Europäische Parlament sowie die nationalen Parlamente zu sichern. Hierzu gehört auch, dass die europäischen Rettungsschirme perspektivisch in eine europäische Gemeinschaftsinstitution, einen Europäischen Währungsfond, überführt werden.

Aktuelle Stellungnahme der Jusos zum Fiskalpakt

In den letzten Tagen und Wochen haben sich die Ereignisse rund um den Fiskalpakt nahezu überschlagen. Das ist nicht verwunderlich bei einem Vertragswerk, das sehr komplex ist, viele unterschiedliche Ebenen berührt und bei dem mannigfache nationale und internationale Akteure beteiligt sind. Am Freitag, dem 29. Juni soll nun der Fiskalpakt im Bundestag beschlossen werden. (Damaliger Stand)

Zwischen der Bundesregierung und der SPD sowie den Bündnis 90/Grünen gibt es inzwischen eine Einigung. Offen ist noch, welche Bedingungen der französische Präsident Hollande im Rahmen der Verhandlungen mit der Bundesregierung stellen wird. Ebenfalls ist noch offen, wie sich die Bundesländer zum Fiskalpakt stellen. Als Jusos wollen wir ein kurzes Zwischenfazit ziehen. Was ist passiert und wie bewerten wir das. Und die wichtigste Frage: Wie geht es eigentlich weiter?

Als erstes möchten wir an dieser Stelle aber erst einmal allen Jusos danken, die uns in den letzten Tagen und Wochen unterstützt haben. Wir haben als Verband in den vergangenen Wochen viel Wirbel zu diesem Thema gemacht und auch viel bewegen können. Es war gut und richtig, dass wir auf allen Ebenen immer wieder auf die Probleme, die der Fiskalpakt mit sich bringt, hingewiesen haben. Daran habt ihr alle mitgewirkt. Vielen Dank an Euch!

Nun zu unserem Zwischenfazit:

- These 1: Schuldenbremsen sind und bleiben verkehrt!

Der Beschluss des Parteikonvents und auch der Kompromiss, der zwischen Regierung und SPD sowie Bündnis 90/Die Grünen geschlossen wurde, enthält viele wichtige und richtige Punkte. Dies ändert jedoch nichts daran, dass wir Jusos Schuldenbremsen, wie sie der Fiskalpakt europaweit in drastischer Form vorschreiben soll, für verkehrt halten. Merkels Fiskalpaktidee beruht auf einer falschen Analyse der Krise. Nicht eine laxer Haushaltspolitik war die Ursache der Überschuldung vieler Staaten in Europa, sondern die Rettung der Banken und Finanzmärkte. Ein Vorgang bei dem die Staaten das Risiko privater Spekulanten mit entsprechenden Folgen übernommen haben.

In Griechenland kann man sehr gut sehen, wohin eine drastische von der EU verordnete Sparpolitik führt. Durch die Kürzung bei Löhnen und Staatsausgaben, ist das das Wachstum weiter eingebrochen, die Einnahmen sind gesunken und die Krise hat sich verschärft. Die Verschuldung ist weiter angestiegen. In Zeiten der Krise muss investiert werden, damit Wachstum entstehen kann.

Schuldenbremsen nehmen Staaten die Möglichkeit auf Krisen zu reagieren und Wirtschaftsrezessionen abzuwenden. Sie ist weder ein taugliches Instrument zur Bewältigung dieser Krise noch eine Instrument für zukünftige Krisen. Durch drastische

Sparpolitik werden die Möglichkeiten staatlichen Handels extrem eingeschränkt. Kürzungen bei Bildung, Infrastruktur und sozialen Leistungen sind die Folge.

Wir Jusos haben in dieser Frage eine andere Haltung als unsere Mutterpartei SPD, die die Schuldenbremse sogar in der Verfassung verankert hat. Es bleibt unsere Aufgabe, die ökonomischen und sozialen Folgen falsch verstandener Sparpolitik immer wieder zu benennen und zu kritisieren. Dies werden wir auch weiterhin auf Bundes- und auf Landesebene tun.

- These 2: Die Finanztransaktionssteuer kommt und das ist auch ein Erfolg der Jusos!

2008 haben wir uns als Jusos das erste Mal für eine Finanztransaktionssteuer ausgesprochen. Damals war das noch eine Idee in linken Kreisen, die von politischen EntscheidungsträgerInnen nicht ernst genommen wurde. Auch in der SPD gehörten wir als BefürworterInnen dieses Instruments zu einer kleinen Minderheit. Nun wird sie 4 Jahre später durch eine konservative und wirtschaftsliberale Regierung eingeführt. An diesem Beispiel zeigt sich: Es lohnt sich für politische Ideen zu kämpfen. Es lohnt sich Ideale zu verfolgen, auch wenn sie von der Mehrheit der Bevölkerung oder der Mehrheit der SPD (noch) anders gesehen werden. Die Finanztransaktionssteuer kommt und das ist - nicht nur, aber auch - unser Erfolg. Darauf können wir stolz sein.

Als Jusos haben wir bereits im April im Parteivorstand einen Antrag durchgesetzt, der die Einführung der Finanztransaktionssteuer im Zusammenhang mit dem Fiskalpakt fordert. Nur wenige Tage später wollte der Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier davon nichts mehr wissen. Doch wir sind aber am Ball geblieben. Nicht zuletzt aufgrund unseres Engagements ist die SPD in dieser Frage bei den Verhandlungen mit der Regierung hart geblieben und nun werden auf der europäischen Ebene die ersten konkreten Schritte gegangen.

Auch andere Forderungen, die wir auf dem Parteikonvent im Rahmen der Fiskalpaktdiskussion durchsetzen konnten, finden sich nun im Kompromiss wieder, der zwischen der Regierung und den beiden Oppositionsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen geschlossen wurde: Der Kompromiss enthält ein Wachstumsprogramm, ein Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit und immerhin ein Bekenntnis zu einer verstärkten Integration der Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU (das heißt z.B. auch die von uns geforderten Mindeststeuersätze für Unternehmen und Vermögen) sowie einer gemeinsamen Finanzaufsicht. Es hat sich gelohnt, dass wir als Jusos so hartnäckig bei diesen Punkten waren.

- These 3: Der Kampf für ein soziales Europa ist nicht vorbei. Er hat gerade erst begonnen!

Ist nun alles vorbei, wenn der Fiskalpakt nächsten Freitag beschlossen wird? Keineswegs. Die Eurokrise ist nicht vorüber und muss gelöst werden. Der europäische Integrationsprozess muss voran getrieben werden. Bei den Themen

Schuldentilgungsfonds und einer europaweiten Mindestbesteuerung von Vermögen und Unternehmen müssen wir weiter kämpfen. Europa muss zu einer solidarischen Sozialunion werden, die durch demokratische Institutionen bestimmt werden muss. Außenhandelsüberschüsse müssen abgebaut und demokratische Strukturen ausgebaut werden. Die Krise ist noch nicht vorbei und in Europa bleibt noch viel zu tun. Lasst uns weiter gemeinsam dran bleiben, unser Europa jungsozialistisch zu gestalten.

Quelle:

Jusos - Bundesverband

Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin, jusos@spd.de, www.jusos.de

Der Fiskalpakt:

Der Fiskalpakt

Der „Vertrag für Stabilität, Koordination und Regierungsführung“, kurz Fiskalpakt, verpflichtet seine Unterzeichner zu strenger Haushaltsdisziplin. Das sind die Kernpunkte der internationalen Vereinbarung:

ausgeglichene Haushalte

- jährliches Defizit von max. 0,5% des Bruttoinlandsprodukts* (BIP)

Sanktionen

- autom. Defizitverfahren bei zu hohen Schulden
- Staatsschulden über 60% des BIP müssen jährlich um $\frac{1}{20}$ verringert werden

Schuldenbremsen

- nationale Schuldenbremsen
- Europäischer Gerichtshof kontrolliert Umsetzung, verhängt Bußgelder bei Nichteinführung



Verknüpfung mit ESM

- Hilfen aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) nur für Pakt-Unterzeichner

Derzeitiges Volumen des deutschen Anteils am europäischen Rettungsgeschehen (in Mrd. €)

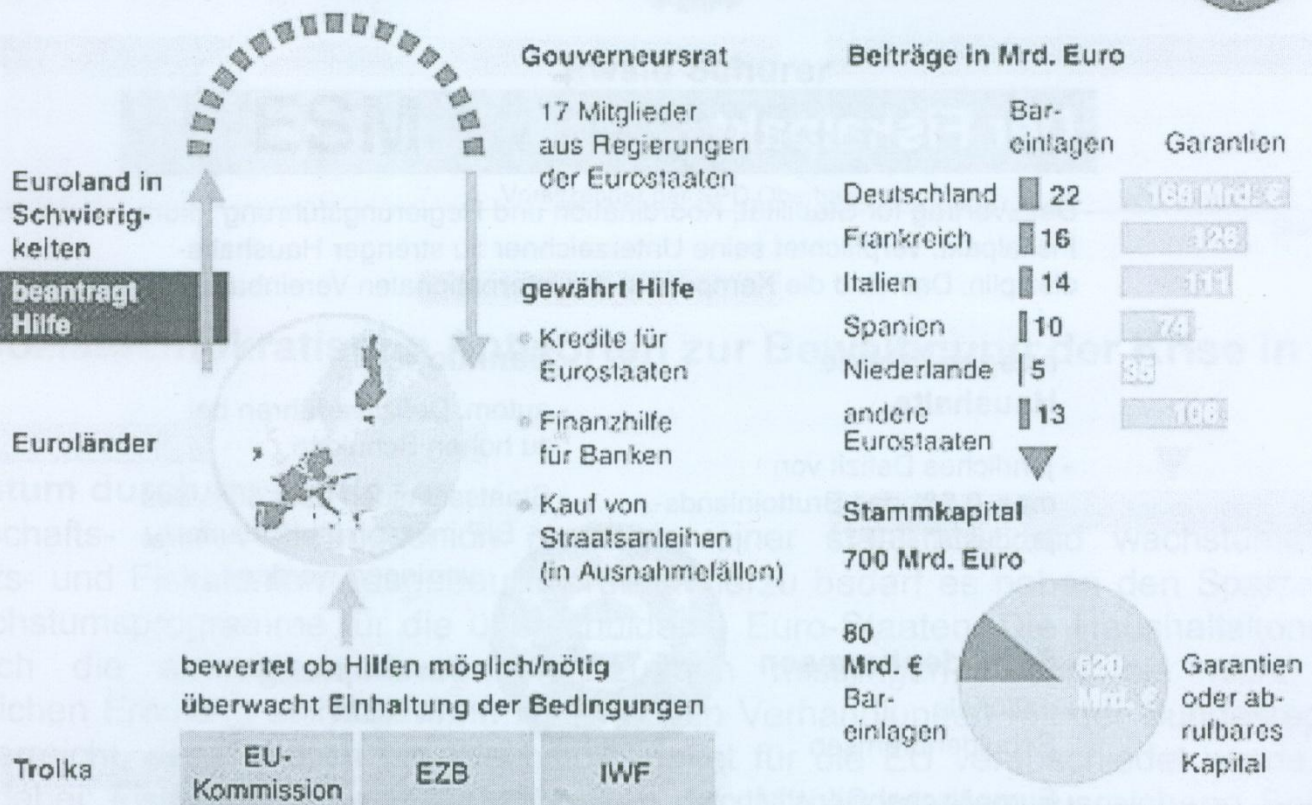
	Ausleihvolumen	Garantievolumen	Deutscher Anteil
EFSF –bisherige Zusagen einschließlich Liquiditätspuffer- für IR,PT, GR	203,3	330,6 (einschließlich Übersicherung)	95,3 (einschließlich Übersicherung)
ESM-max. Volumen	500,0	700,0	190,0
EFSM-gewährte Hilfen	49,0		9,8
Griechenland-ausgezahlte bilaterale Hilfe	52,9		15,2
Deutscher Anteil einschließlich EFSF-Übersicherung	310,3		

Quelle: BMF vom 26.Juni 2012

Der ESM:

Der Eurostabilitätsmechanismus ESM

Der ESM soll langfristig die Zahlungsfähigkeit der Euroländer und ihrer Banken sicherstellen



dpa-17028

Quelle: Finanzministerium, EU-Kommission, EZB

Bisheriger Fonds

Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)



440 Milliarden Euro
Auszahlungsmittel

780
Milliarden
Euro

Garantien

123 Milliarden Euro

Nach Kabinettsbeschluss

211 Milliarden Euro (+88)

DEUTSCHLANDS BEITRAG

Zukünftiger Fonds ab 2013

Europäischer Stabilisierungsmechanismus (ESM)



500 Milliarden Euro
Auszahlungsmittel

700
Milliarden
Euro

Garantien

167 Milliarden Euro

Bareinlagen

22 Milliarden Euro

Quelle: EU

Lechwehr-Befahrung



Da wir uns nicht nur als parteiliche Organisation sehen, sondern auch gerne etwas mehr Gemeinschaft in unseren Juso-Unterbezirk bringen möchten, würden wir gerne diesen Sommer einmal gemeinsam das Lechwehr in Landsberg ‚befahren‘. Der Outdoor-Laden Wind and Weather in der Kolpingstraße bietet eine

solche Lechwehr-Überquerung mit dem Schlauchboot an. Dabei sitzen 4-8 Personen inkl. Rafting-Guide in einem Raftingboot und starten unterhalb der Staustufe in Landsberg, kurz wird das richtige Paddeln geübt, bevor es auch schon auf das Lechwehr zugeht. Unten ist man schneller als man denkt und schon geht es weiter auf dem Lech. Nach einigen Stromschnellen geht die Gruppe in Kaufering am Lechtalbad an Land.

Pro Person kostet das ganze 24 Euro, wovon wir Jusos aus unserer Kasse aber einen Großteil für die teilnehmenden Mitglieder bezahlen, ein Teil muss jedoch selber draufgelegt werden (9 Euro p.P.). Bitte meldet euch bei Kathrin oder Bernd, wer gerne mitfahren würde und an welchen Wochenenden ihr Zeit hättet bzw. wann nicht, damit wir wissen, ob genug Leute zusammenkommen und wir einen gemeinsamen Termin suchen und buchen können. Bis dann!

Weitere Informationen:

<http://www.windandweather.de/linked/landsberg%20lechwehr%20abfahrt.pdf>

Kurze Monatsübersicht:

Datum	Veranstaltung
15.09.2012	Jusos Oberbayern Verbandstag 09.45 Uhr Beginn Bezirkskonferenz 12.45 Uhr Mittagessen 15.00 Uhr Ende Bezirkskonferenz 15.30 Uhr Politische Workshops 19.00 Uhr Grillfest & Party
27.09.2012	SPD-Unterbezirk Landsberg Gesamtvorstand
30.09.2012	Juso-Brunch in Landsberg 10.00 Uhr Cafe Ameise
Fortlaufender Prozess	Imagearbeit!!!

Wichtig:

Alle unsere Veranstaltungen setzten politische oder soziale Denkprozesse in Gang. Die Themen sind nach einer Veranstaltung nicht abgeschlossen, sondern bedürfen stetiger Reflexion.

Wir bleiben weiterhin Ansprechpartner für Menschen die sich dafür interessieren!

Der nächste Newsletter erscheint Anfang Oktober 2012 und widmet sich unter anderem der Existenzgründung und der Parteistruktur.